

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)

(A) (Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon gelesen!)

Wer diese gelesen hat, ist bestens informiert, warum es so, wie die Linken es vorschlagen, nicht gehen kann.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Man ist hinterher auch klüger!)

Der Sachverhalt ist strafrechtlich nicht in den Griff zu bekommen. Deshalb sollten wir dieses Vorhaben schlichtweg sein lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alle Länder können es, nur wir nicht!)

– Herr Kollege Ströbele, das ist doch das dümmste Argument, das Sie vortragen können.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso das denn? – Jörg van Essen [FDP]: Dafür ist der Kollege bekannt!)

Sie sagen: Alle machen es. – Wenn alle in den Brunnen springen, springen wir dann hinterher?

(Christine Lambrecht [SPD]: Ach! – Ansgar Heveling [CDU/CSU]: Na klar! Und Ströbele vorneweg! – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es unterschrieben!)

Die Österreicher haben doch im Jahr 2009 erkannt, dass die Vorschrift, so wie sie sie ausgestaltet haben, nicht funktioniert.

(B)

(Christine Lambrecht [SPD]: Dann haben sie eben schlecht gearbeitet!)

Sie haben sie geändert, aber sie funktioniert noch immer nicht; das hat der Kollege Heveling schon gesagt.

In Deutschland ist der Druck viel größer als in allen anderen Ländern.

(Jörg van Essen [FDP]: Richtig!)

Wir brauchen keinen Straftatbestand.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sondern?)

Bei einem Politiker genügt schon der Verdacht, der Anschein,

(Jörg van Essen [FDP]: Ja! Und schon wird die Sanktion verhängt!)

und schon ist das Amt, das er hat, beschädigt.

(Christine Lambrecht [SPD]: Wie bei jedem anderen auch ein Anfangsverdacht!)

– Auch bei anderen Personen gibt es den Anfangsverdacht. Sie werden aber erst dann aus dem Amt gejagt, wenn sie strafrechtlich belangt worden sind.

(Christine Lambrecht [SPD]: Das gilt für uns auch!)

Die öffentliche Kontrolle, der öffentliche Druck ist viel mehr wert als ein Strafgesetz, das nicht funktioniert und nicht funktionieren kann. (C)

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können wir das Strafgesetz ja ganz abschaffen! Auch für die anderen!)

Ich sage zum Schluss: Ich möchte nicht, dass dieses Thema in zwei Jahren wieder ansteht.

(Christine Lambrecht [SPD]: Genau! Lassen Sie es uns jetzt regeln!)

Deswegen von meiner Seite – ich glaube, die FDP trägt das mit – eine ganz klare Ansage:

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Zeichen für den Wechsel der Mehrheiten!)

Wir werden ein solches Gesetz nicht veranlassen und einem solchen Gesetz nicht zustimmen, weil es unsinnig ist, niemandem nützt und nur dem Parlamentarismus schadet. Das machen wir nicht mit. Das können Sie von uns nicht verlangen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja! Warten Sie es ab!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Christine Lambrecht ist die letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Christine Lambrecht (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr van Essen, Sie haben die Kollegin Wawzyniak vorhin kritisiert, weil es von ihr keine ausführlichen rechtlichen Bewertungen und Ausführungen zu diesem Thema gegeben habe. Ich glaube, an den Anfang dieser Debatte muss man keine rechtlichen Ausführungen stellen. Sie müssten im weiteren Verfahren folgen. Was hier im Parlament an erster Stelle stehen muss, ist die Aussage, dass wir uns als deutsche Politiker gegen Bestechung und Bestechlichkeit wehren und dies auch strafrechtlich verankern wollen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marco Wanderwitz [CDU/CSU]: Das ist doch Konsens!)

Ich will Ihnen eines sagen: Auf der Zuschauertribüne sitzen junge Leute, die uns zuhören. Ich glaube, wenn sie unsere bisherige Debatte verfolgt haben, dann können sie die Welt nicht mehr verstehen. Natürlich ist es so, dass Amtsträger und Politiker nicht vergleichbar sind. Natürlich ist es so, dass Politiker interessengeleitet sind und Interessen zu vertreten haben. Natürlich ist es so, dass man hier differenzieren kann. Man kann aber nicht einfach sagen: Weil zwischen Amtsträgern und Politikern zu unterscheiden ist, darf im Hinblick auf eine der beiden Gruppen kein Tatbestand eingeführt werden, der

Christine Lambrecht

- (A) Bestechung unter Strafe stellt. – Das dürfen wir nicht zulassen; denn auch dies führt zu Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich zu einigen Sachargumenten kommen.

(Tankred Schipanski [CDU/CSU]: Toll! Sachargumente!)

Herr van Essen, Sie haben gesagt, seit dem Zeitpunkt, als Sie den § 108 e StGB mit initiiert haben, habe es für Sie keine neuen Erkenntnisse gegeben.

(Jörg van Essen [FDP]: Keine neuen Argumente!)

Ich meine, wenn eine Staatengemeinschaft, bestehend aus 151 Staaten, sich darauf verständigt, nicht nur eine solche Erklärung abzugeben, sondern sie auch in den jeweiligen Parlamenten im Rahmen entsprechender Gesetzgebungsverfahren zu verankern, dann ist das, wie ich finde, durchaus ein Argument, das man nicht einfach von der Hand weisen kann. Wo stehen wir denn? Wir werden mit Staaten in eine Reihe gestellt, mit denen wir in anderen Zusammenhängen beim besten Willen nicht in einer Reihe stehen wollen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauder, wenn Sie sagen, all diese Staaten seien ins Messer gelaufen, muss ich Ihnen entgegenen: Ich weiß nicht, wo Sie in den letzten Jahren gelebt haben.

(B)

(Jörg van Essen [FDP]: Weil die ein anderes Immunitätsrecht haben, Frau Kollegin!)

Ich habe nicht mitbekommen, dass die Staaten, die entsprechende Regelungen umgesetzt haben, in große Krisen gestürzt sind.

(Jörg van Essen [FDP]: Noch einmal: Die haben ein anderes Immunitätsrecht!)

– Herr van Essen, wir waren jahrelang Mitglieder des 1. Ausschusses. Es ist doch nicht so, dass in anderen Ländern, in anderen europäischen Ländern ein völlig anderes Immunitätsrecht gilt.

(Jörg van Essen [FDP]: Ja! Natürlich! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Natürlich! Gehen Sie mal in die Ukraine! – Gegenruf des Abg. Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verschärfen wir das Immunitätsrecht doch dort! Was meinen Sie?)

Natürlich bestehen Unterschiede; aber es gibt auch Länder, die ein Immunitätsrecht haben, das mit dem deutschen vergleichbar ist.

Es kann doch nicht wahr sein, dass wir nicht in der Lage sind, ein solches Gesetz zu formulieren. Hier sitzen hervorragende Juristen; ich schaue jetzt bewusst in Richtung der Koalitionsfraktionen.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die verweigern sich aber!)

Wir werden ja wohl in der Lage sein, den Erfordernissen entsprechend ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das auch den Bestimmtheitsanforderungen genügt. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andrea Astrid Voßhoff [CDU/CSU]: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir das hinbekommen werden. Dafür muss allerdings die Voraussetzung erfüllt sein, dass man sagt: Jawohl, wir wollen gegen Bestechung vorgehen. – Das ist die erste Voraussetzung. In diesem Zusammenhang habe ich von Ihnen gerade die ganz klare Ansage gehört, dass CDU/CSU und FDP daran kein Interesse haben.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Wenn ihr wieder regiert, macht ihr das, okay? Aber lasst uns damit bis dahin in Ruhe!)

Wir haben daran ein Interesse. Wir werden uns weiterhin mit diesem Thema befassen, damit Deutschland nicht länger im Aus steht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jetzt noch zwei, drei Anmerkungen. Herr Montag, Sie haben gesagt, die SPD habe sich verweigert bzw. nicht mitgemacht. Ich war in der 15. Wahlperiode schon dabei.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich auch!) (D)

Ich war in diesen Arbeitskreisen, in denen Herr Ströbele, Herr Beck und auch Herr Montag saßen. Wir waren ganz kurz davor, etwas umzusetzen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Ach ja!)

Damals ist eine verkürzte Wahlperiode dazwischengekommen. Das mag man beklagen, und man kann sich überlegen, wer dafür der Verursacher war. Nichtsdestotrotz haben wir damals sehr konstruktiv daran gearbeitet, ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt! – Manfred Grund [CDU/CSU]: Legt es euch auf Wiedervorlage für das nächste Mal!)

Sie haben da keine Verweigerungshaltung der SPD erlebt.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können das dem Herrn Stünker vorhalten!)

– Ich glaube, wir sollten das niemandem vorhalten, weil es nicht der Fall war, weil es in der SPD keine Verweigerungshaltung gab.

(Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe die Zitate dabei! Vorsicht!)

Es gibt auch keine Verweigerungshaltung.

(Beifall bei der SPD)

Christine Lambrecht

(A) Deswegen werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten selbstverständlich konstruktiv einbringen, um ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das auf der einen Seite diesen Straftatbestand klar definiert, auf der anderen Seite aber auch dafür sorgt, dass wir als Parlamentarier arbeiten können. Ich sage das ganz bewusst. Ich war im Immunitätsausschuss. Ich habe da Fälle kennengelernt, wo Strafverfolgung stattgefunden hat, was zum Teil wirklich Fragen aufgeworfen hat. Aber da waren die Gesetze klar definiert. Nichtsdestotrotz gab es eine Strafverfolgung, nichtsdestotrotz haben Staatsanwälte einen Anfangsverdacht ausgemacht. Deswegen kann man nicht argumentieren, so ein Gesetz bekämen wir hier nicht hin.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Lambrecht, darf Ihnen der Kollege Kauder kurz vor Schluss dieser Debatte noch eine Zwischenfrage stellen?

Christine Lambrecht (SPD):

Die Gelegenheit lasse ich mir doch nicht entgehen.

(Zuruf des Abg. Marco Buschmann [FDP])

– Das kann man so interpretieren, Herr Buschmann.

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

(B) Frau Kollegin Lambrecht, wenn Sie fragen, ob es nicht blamabel sei, dass so viele gute Juristen ein solches Gesetz nicht hinbekommen, darf ich die Gegenfrage stellen: Meinen Sie nicht, dass es blamabel wirkt, wenn Sie hier vor der Bevölkerung auftreten und sagen, Sie hätten es jahrelang versucht, aber nicht hinbekommen?

Christine Lambrecht (SPD):

Nein, nein.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Schröder kam uns dazwischen!)

Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU):

Sie haben es nicht hinbekommen, weil Sie es unterm Strich genauso wenig für vertretbar halten wie wir.

(Jörg van Essen [FDP]: Richtig, das waren nämlich die gleichen Gründe!)

Christine Lambrecht (SPD):

2003 gab es die UN-Konvention, und wir haben es tatsächlich nicht geschafft, bis Mai 2005 eine entsprechende Regelung auf den Weg zu bringen. Das war nämlich genau die Zeitspanne, die wir hatten.

(Jörg van Essen [FDP]: Damals haben auch die SPD und die Grünen dem Staatssekretär gesagt, er soll nicht unterzeichnen!)

Danach kam die Große Koalition. In dieser Großen Koalition gab es auf Betreiben der CDU/CSU-Fraktion die ganz klare Ansage, an dieses Thema nicht heranzugehen. (C)

(Iris Gleicke [SPD]: Hört! Hört!)

Das war der Hintergrund, warum zwischen 2005 und 2009 an dieser Fragestellung innerhalb der Großen Koalition nicht gearbeitet wurde.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: So war das!)

Momentan – wie Sie vielleicht mitbekommen haben, vielleicht bekommen Sie es aber auch nicht mit – sind wir nicht in Regierungsverantwortung. Aber selbstverständlich werden wir einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Dann bin ich gespannt, ob Sie sich zumindest auf konstruktive Beratungen einlassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nur deutlich machen: Ich glaube, es steht uns nicht gut zu Gesicht, wenn wir als Juristen sagen, dass wir es zwar in vielen anderen Bereichen hinbekommen, Gesetze und Straftatbestände genau zu definieren, dass das aber nicht gilt, wenn es uns betreffen könnte.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann strecken wir lieber gleich alle Waffen und sagen, dass wir es nicht hinbekommen. Lassen Sie uns deshalb mit dieser Diskussion aufhören. Machen Sie mit, und verweigern Sie sich nicht von vornherein. Lassen Sie uns schauen, ob wir etwas Praktikables, etwas Umsetzbares auf den Weg bringen. Ich bin mir da ziemlich sicher, denn ich kenne den Sachverstand der Kolleginnen und Kollegen. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf der Drucksache 17/1412 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Andere Vorschläge sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich habe zum Schluss einen Hinweis und eine Bitte. Der Hinweis lautet wie folgt: Es kommt im parlamentarischen Alltag nicht selten vor, dass ein Gesetzesvorschlag aus beachtenswerten Gründen für die angestrebte Problemlösung nicht für geeignet gehalten wird und man sich dennoch des Eindrucks nicht erwehren kann, dass es zu dem Problem Klärungs- und vielleicht auch Handlungsbedarf gibt. Ich empfehle auch bei diesem Punkt, diese Differenzierung im Auge zu behalten.